

Kurzinformationen

Die Kirchen zur pränatalen Diagnostik

Im Zentrum der Anfang Juni zum siebten Mal von Deutscher Bischofskonferenz und Rat der EKD gemeinsam veranstalteten „Woche für das Leben“ stehen in diesem Jahr die Chancen und Risiken der verschiedenen Methoden der Pränatalen Diagnostik und die psychosozialen Folgen für Eltern und medizinisches Personal, die mit den immer häufiger vorgenommenen Untersuchungen einhergehen. Das diesjährige Leitwort: „Jedes Kind ist liebenswert. Leben annehmen statt auswählen“. Unter dem Titel: „Wieviel Wissen tut uns gut? Chancen und Risiken der voraussagenden Medizin“ veröffentlichten die Kirchen Mitte Mai anlässlich der gemeinsamen Aktion ein gemeinsames Wort. Mit diesem schreiben sie zugleich ihre gemeinsame Erklärung „Gott ist ein Freund des Lebens“ von 1989 (vgl. HK, Januar 1990, 10 ff.) fort, im Wissen darum, daß „die Entwicklung besonders im Bereich der pränatalen und prädikativen Medizin zu neuen und weitergehenden Fragen geführt hat“. Vor der eigentlichen ethischen Beurteilung der Risiken und den durchaus auch betonten Chancen und Fortschritten, die sich aus der raschen Fortentwicklung der vorgeburtlichen Untersuchungsmethoden ergeben, betonen die Kirchen: Zuerst gehe es ihnen darum, Eltern sowie ärztliche, psychologische und soziale Beraterinnen und Berater zu ermutigen, „zu jedem Kind vorbehaltlos Ja zu sagen“. Sie sehen zum einen ihre Aufgabe darin, über ethische Bewußtseinsbildung und Schärfung des Gewissens zu einer positiven Einstellung gegenüber kranken und behinderten Menschen beizutragen. Zum anderen möchten die Kirchen mit ihren ambulanten und stationären caritativen und diakonischen Einrichtungen auch Wege der Hilfe für die betroffenen Frauen und Paare aufzeigen. Die Gemeinden werden aufgefordert, sich mit Engagement

und Phantasie den Familien mit behinderten Kindern zuzuwenden. Denn hierin liegt die Hauptsorge der Kirchen gegenüber der pränatalen Diagnostik, daß je mehr die Medizin dazu im Stande ist, vermeintliche „Garantien“ für ein gesundes Kind zu geben, um so mehr gefürchtet werden muß, daß sich die Abwehr gegenüber geschädigtem oder behindertem Leben verstärkt. Höchste Wachsamkeit und Sensibilität von allen Beteiligten angesichts der vielfachen Mißbrauchsgefahren fordert daher die Erklärung. Immer wieder drängt sie auf bessere und ausführlichere Beratung der Eltern. Niemand dürfe zu einer pränatalen Diagnostik gedrängt werden, der Verzicht auf sie müsse als ethisch vertretbarer Weg erkennbar bleiben. Gegenüber der prädikativen Diagnostik, der Voraussage über künftige Erkrankungen oder Risiken wird „das Recht auf Nichtwissen“ unterstrichen.

Libanon-Reise des Papstes

Zu einer der schwierigsten und zugleich bedeutendsten Reisen seines Pontifikates hielt sich Johannes Paul II. am 10. und 11. Mai im Libanon auf. Es war die erste Reise des Papstes in ein Land des Nahen Ostens. Schon die Resonanz in der libanesischen Bevölkerung ließ deutlich werden, daß dies mehr als nur ein Besuch bei dem mit Rom verbundenen maronitischen Bevölkerungsteil war. Während sogar die islamisch extremistische schiitische „Hisbollah“ den Besuch des Papstes begrüßte, äußerte der drusische Milizenführer *Walid Dschumblad* unverhohlenen Kritik. Der Besuch sei dazu angetan, den Fanatismus von Christen und Moslems anzuheizen, sagte er, eine Position, die jedoch nicht von vielen geteilt wurde. Gleich bei der Ankunft und der Begrüßung durch Staatspräsident *Elias Hraoui* meinte der Papst, der Libanon sei ein Land, das „seine Unabhängigkeit und seine Freiheit“ wolle

und dessen territoriale Einheit „von allen anerkannt und respektiert“ werden müsse. Auch wenn der Papst Israel und Syrien nicht ausdrücklich erwähnte, konnte über den Adressaten dieser Feststellung kein Zweifel bestehen. Für den Libanon selbst forderte der Papst „gleiche Chancen“ für „alle patriotisch inspirierten“ Libanesen und spielte damit auf das schwierige Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Volksgruppen im Lande an. Im Rahmen eines Treffens mit einigen Tausend Jugendlichen in der Basilika Notre-Dame du Liban im nördlich von Beirut gelegenen Harrissa unterzeichnete und promulgierte der Papst das postsynodale Schreiben, das im Anschluß an die Sonderversammlung der Bischofsynode für den Libanon verfaßt wurde, die Ende 1995 in Rom stattfand (vgl. HK, Januar 1996, 66 ff.). In dem Schreiben werden u. a. die in dem Land bestehenden katholischen Patriarchate zu mehr Einigkeit untereinander ermahnt und die Christen aufgefordert, sich gemeinsam mit den anderen Volksgruppen am Aufbau des vom Krieg zerstörten Landes zu beteiligen. Die Besetzung des Südlibanon und die Kontrolle des Landes durch ausländische Truppen wird beklagt. Feierlicher Abschluß der Libanon-Synode war eine Eucharistiefeier in der Nähe des Märtyrerplatzes in Beirut, an der eine halbe Million Menschen teilnahmen. In seiner Predigt erklärte der Papst, die Geschichte des Libanon habe gezeigt, daß verschiedene Konfessionen friedlich und brüderlich zusammenarbeiten könnten. (Eine ausführliche Berichterstattung erfolgt im Juliheft.)

Dritte Tschechienreise Johannes Pauls II.

Johannes Paul II. hielt sich vom 25. bis zum 27. April zu einem Pastoralbesuch in der Tschechischen Republik auf. Nach 1990 und 1995 war es die dritte

Reise des Papstes in dieses Land. Äußerer Anlaß des Besuches war der 1000. Todestag des heiligen Adalbert von Prag. In seiner Begrüßungsansprache betonte Tschechiens Staatspräsident *Václav Havel*, das Vermächtnis Adalberts gehöre nicht den Anhängern einer bestimmten Glaubensgemeinschaft, sondern allen, die sich der geistigen Dimension europäischer Integration bewußt seien. Adalbert habe den Traum einer geistigen Einheit des Kontinents geträumt, eines Europa, das nicht mit Hilfe des Schwertes, sondern durch die Annahme des christlichen Glaubens geeint werden sollte. Zu den wichtigsten Stationen der Papstreise gehörte ein Abstecher in die ostböhmische Stadt Königgrätz, wo Johannes Paul II. einer Eucharistiefeier mit 50 000 zumeist jugendlichen Teilnehmern vorstand. Größte Veranstaltung der Reise war eine Eucharistiefeier auf dem Prager Letna-Gelände mit 100 000 Menschen. Der Papst deutete das Zeugnis Adalberts dahingehend, daß „Harmonie und Kooperation“ zwischen Staat und Kirche möglich seien. Seine Zuhörer rief er auf, sich nicht in Verteidigungshaltung, in „steriler Abwehrhaltung“ von der Welt fernzuhalten. Vom staatlichen Fernsehen direkt übertragen wurde ein Ökumenisches Gebet im Prager Veitsdom, an dem Vertreter anderer christlicher Kirchen teilnahmen. Der Papst hob die Bedeutung der begonnenen ökumenischen Studien zu Jan Hus bzw. der tschechischen Kirchengeschichte hervor. Er wiederholte dabei einen Ausspruch seiner letzten Tschechien-Reise: Er bitte um Vergebung für das Unrecht, das von Gliedern der Kirche von Rom Nichtkatholiken zugefügt worden sei und sicherte zugleich Vergebung für das Leid zu, das Katholiken angetan wurde. Mit Ministerpräsident *Václav Klaus* traf der Papst ebenfalls zusammen. Das zwischen Staat und katholischer Kirche strittige Thema der Rückgabe kirchlicher Güter sei, so hieß es, dabei nicht zur Sprache gekommen. In einer Ansprache vor den Mitgliedern der Tschechischen Bischofskonferenz betonte der Papst jedoch, die Kirche be-

sitze ein Recht auf Unabhängigkeit. Wenn sie heute die ihr zustehenden Güter einklage, dann tue sie dies, um die „unverzichtbaren Mittel zur Wahrnehmung ihrer missionarischen Tätigkeit“ sicherzustellen. Zwischen Staat und Kirche solle in dieser Frage ein „präziser und langfristiger Aktionsplan“ festgelegt werden.

Bischöfliche Erklärung zur EU-Erweiterung

Zum diesjährigen Europatag am 9. Mai veröffentlichten die Bischöfe der Kommission der Bischofskonferenzen in der Europäischen Gemeinschaft (COMECE) eine Erklärung zur geplanten Erweiterung der Europäischen Union. Die Erweiterung bezeichnen die Bischöfe als eine „moralische Verpflichtung“ für alle Menschen guten Willens in Europa. In den nächsten Monaten müßten die institutionellen und materiellen Voraussetzungen für eine Vergrößerung der Union geschaffen werden. Es sei eine gefährliche Illusion zu glauben, Stabilität und Frieden ließen sich dauerhaft in einer westeuropäischen Zitadelle bewahren, ohne die anderen Länder Europas in die Union zu integrieren. Vor Beginn der konkreten Verhandlungen über die EU-Erweiterung müßten nicht nur die Beitrittskandidaten erhebliche Vorleistungen bringen; auch die Union müsse sich auf diesen Schritt vorbereiten. Sowohl die Reformbedürftigkeit der Institutionen als auch die Notwendigkeit zur Schaffung materieller Grundlagen für die Erweiterung seien bekannt: Beides aber verlangt nach schwierigen Entscheidungen in Zeiten, „in denen die wirtschaftliche und soziale Situation der Mitgliedsstaaten wenig erfreulich ist. Zwar lebt die moderne Demokratie nicht zuletzt vom Mut der Politiker, gelegentlich auch unpopuläre Entscheidungen zu verantworten, doch bedarf es gerade dazu eines übergreifenden Konsenses, ohne den solche Entscheidungen nicht lange durchzuhalten sind.“ Die Bischöfe der COMECE verweisen mit

einem Wort von Pius XII. auf die notwendigen „geistigen Brücken der Einigung zwischen den Völkern“, ohne die eine EU-Erweiterung nicht wirklich gelingen könne. Solche Brücken zwischen den Menschen in Ost und West könnten nicht das Ergebnis offizieller Bemühungen sein: „Versöhnung und Verständigung, Freundschaften und Wertschätzung für andere kulturelle Eigenheiten lassen sich nicht von oben verordnen, sie müssen langsam wachsen als das Resultat von konkreten Begegnungen zwischen Individuen und kleinen Gemeinschaften in Ost und West.“ Hier liege ein originärer Beitrag der Kirchen für die Vereinigung Europas.

Nord/Süd-Kampagne der Schweizer Hilfswerke

Die großen schweizerischen Hilfswerke, die „Arbeitsgemeinschaft Swissaid/Fastenopfer/Brot für alle/Helvetas/Caritas“, haben eine „Nord/Süd-Kampagne für Nachhaltige Entwicklung“ mit Leitlinien für die Schweiz auf dem Weg ins 21. Jahrhundert lanciert. Damit möchten die Hilfswerke die Problematik der Nachhaltigen Entwicklung in die öffentliche Debatte bringen und mit den verschiedenen gesellschaftlichen Kräften aus den Bereichen von Politik, Wirtschaft, Kirchen, Kultur und Nichtregierungsorganisationen, aber auch mit den vielen, die die Hilfswerke mittragen, erörtern. Damit möchten sie gleichzeitig einen Beitrag zur Erarbeitung von Leitlinien für die Schweiz auf dem Weg ins nächste Jahrtausend leisten. Um die Debatte anzuregen, hat die Arbeitsgemeinschaft ein „Nord/Süd-Manifest für Nachhaltige Entwicklung“ erarbeitet, das sie gleichzeitig mit einer „Erklärung des Südens zur Unterstützung der Nord/Süd-Kampagne für Nachhaltige Entwicklung“ veröffentlicht hat. Das Nord/Süd-Manifest mit seinen 21 Thesen zur Rolle der Schweiz auf dem Weg ins 21. Jahrhundert wurde im Januar 1997 an einem internationalen Workshop mit Vertretern des Südens